1 Westberliner Studentenvertreter über Staat und Wissenschaft

(Faksimile aus „Der Tagesspiegel", 18. 3. 1969)

Staat und Wirtschaft konnten bislang darauf vertrauen, ihren Herrschaftsanspruch in der „unabhängigen" Wissenschaft abzusichern. Durch gezielte Forschungsaufträge und den Einsatz jederzeit jederzeit zur Verfügung stehender wissenschaftlicher Fachidioten war gewährleistet, daß sich Forschung und Lehre stets „frei" zum Nutzen der Herrschenden entwickelten.

Durch die Arbeit kritischer Studenten sahen sich Staat und Wirtschaft im letzten Jahr erstmals mit der Gefahr konfrontiert, daß einzelne Bereiche der wissenschaftlichen Produktion nicht mehr für ihre Zwecke verwendbar waren. Ihre Reaktion war eindeutig: Die Erfüllung anderer Bedürfnisse als der ihren seitens der universitären Wissenschaft durfte nicht geduldet werden; der Staat mußte die unbotmäßige Wissenschaft wieder fest in den Griff bekommen, und sei es mit offenem und massivem Druck. Reformen, die die Universität der Verwaltung stupend-reaktionärer Professoren entwinden und der geschickteren Navigation staatstragender Technokraten anvertrauen sollten, scheinen dazu gleichermaßen geeignet wie Pressionen gegenüber solchen, die dieses Spiel durchschauten.

AStA der Freien Universität

2 Industrie verlangt vom Bund Konzentration

Nr. 5/29. Januar 1969

VDI Nachrichten

Der Deutsche Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine (DVT) hält es für erforderlich, daß die hierfür nötige Bildungsforschung und Bildungsplanung zwischen den zuständigen politischen Instanzen abgestimmt wird. Zur Sicherstellung der Koordination und Kooperation in diesen Bereichen empfiehlt er, unbeschadet der Prüfung der verfassungsrechtlichen Voraussetzung, eine Rahmenkompetenz des Bundes für die Planung des Bildungswesens einschließlich des Hochschulwesens zu schaffen.

Angesichts des sich wie vor bestehenden Integrationszwanges der europäischen Industrienationen hält es der Deutsche Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine für zweckmäßig und dringend notwendig, den kulturpolitischen Föderalismus unserer Bundesländer durch eine Rahmenkompetenz des Bundes zu ergänzen und die Leistung unseres Bildungswesens den Anforderungen der Zukunft anzupassen.

Der Deutsche Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine schlägt deshalb vor, das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung mit der Vorbereitung der hierfür notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen zu betrauen.

Düsseldorf, den 10. Januar 1969

DEUTSCHER VERBAND TECHNISCH-WISSENSCHAFTLICHER VEREINE

Der Vorstand

der), Prof. Dr. rer. nat. h. c. Dr.-Ing. S. Balke, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (Vorsitzender), Dr.-Ing. E. h. Dipl.-Ing. C. Dornier, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e. V., Prof. [illegible] Ing. E. h. Dipl.-Ing. K. Herz, Staatssekretär a. D., Dipl.-Ing. W. [illegible], Ministerialdirigent a. D., Prof. Dr. Bergassessor G. F. Winkhaus, Bergwerksdirektor, Prof. Dr. rer. nat. h. c. Dr.-Ing. K. Winnacker, Präsident des Deutschen Atomforums

3 Nazi- und NATO-General Speidel integriert die Wissenschaft

Wein ein: „Politische Macht beruht darauf, daß sie alle die Gesellschaft bestimmenden Faktoren zu integrieren vermag."

Und was er konkret von der zu integrierenden Wissenschaft verlangt, sieht so aus (Faksimiles aus UZ 49/67 nach: Hans Speidel, Wissenschaft, Technik, Politik; in Revue Militaire General, März 1967; angeführte Stellen sind Originalzitate ebendaher):

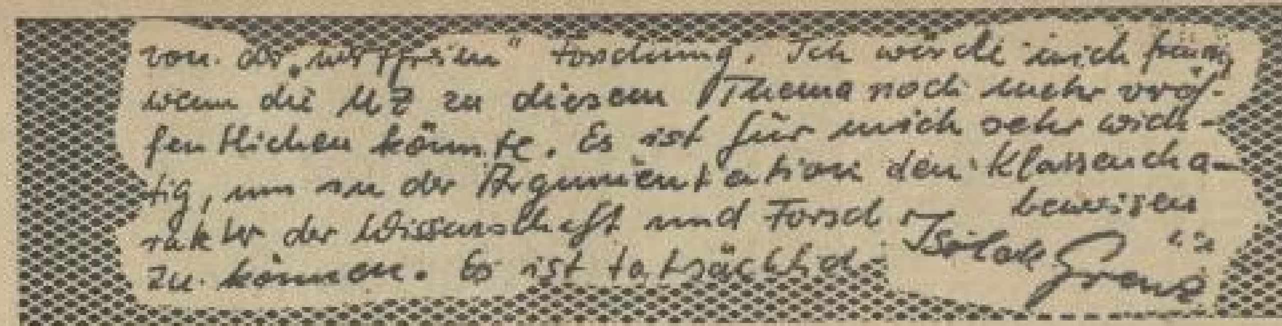
- „Opportunität und Wirksamkeit" eines vollständigen Teststopps in Bezug auf die Weiterentwicklung und Weiterverbreitung nuklearer Waffen sollen beurteilt werden (also nicht um seine Realisierung geht es!)
- „Die modernen, hochkomplizierten Waffensysteme üben in Handhabung, Weiterentwicklung oder Ausschaltung entscheidenden Einfluß aus. Wissenschaftlich, vor allem technisch qualifizierter Sachverstand ist hier für den Politiker und Soldaten unabdingbar."
- Er empfiehlt den westdeutschen Hochschullehrern einen Beschluß der österreichischen Rektorenkonferenz als Vorbild, der ein Bekenntnis zur Notwendigkeit einer „geistigen Landesverteidigung" und eines entsprechenden erzieherischen Wirkens der Hochschullehrer enthält.
- Wirtschaftswissenschaftliche, kybernetische, soziologische und „sowjetologische" Fachkenntnisse sollen die Entwicklungsprozesse in den sozialistischen Ländern erfassen helfen.
- Unmittelbar militärische Projekte und Entwicklungen sollen ebenso Gegenstand wissenschaftlichen Wirkens sein wie Probleme der westeuropäischen technischen Kooperation in CERN, EURATOM und den Raketenprogrammen ELDO und ESRA.

Faksimile beim Titel: „Wissenschaft im Klassenkampf". Naturwissenschaftlich-technische Forschung im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem Westdeutschlands. Autorenkollektiv der TU Dresden. Dietz Verlag 1968, 304 Seiten, 11,50 Mark.

Eine aus Ergebnissen dieser Arbeit zusammengestellte Artikelreihe stellte das Kollektiv ADN zur Verfügung. Autor unseres heutigen Beitrages ist Prof. Dr. GERHARD SPEER. Die beiden Grafiken entnahmen wir dem genannten Band.

„Die Regierung in Bonn ist gegenwärtig dabei, die formierte Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus, d. h. die konzentrierte Einheit von monopolkapitalistischer Führung, reaktionärer Staatsbürokratie und Führung der Bundeswehr zu verwirklichen."

Walter Ulbricht, „Die Bedeutung u. die Lebenskraft der Lehren von Karl Marx für unsere Zeit"



Bonn macht die Wissenschaft noch mehr zur Magd der Monopole

Tatsächlich stellen die Finanzreform, die mittelfristige Finanzplanung, die Notstandsverfassung sowie die Wahlrechtsreform und eine Reihe anderer Maßnahmen ihrem Wesen nach eine qualitativ neue Entwicklungsstufe im Ausbau der diktatorischen Herrschaftsformen des Monopolkapitals dar. Charakteristisch für diesen Prozeß sind die hektischen Anstrengungen, auf diesem Wege die modernen Produktivkräfte umfassender, ausschließlicher und langfristiger in den Dienst monopolistischer Machtinteressen zu stellen (vgl. auch Faksimile 1). Das verdient um so nachdrücklicher hervorgehoben zu werden, als gerade die diesbezüglichen Maßnahmen immer wieder dazu herhalten müssen, den werktätigen Menschen den angeblich progressiven Charakter dieser Maßnahmen zu suggerieren. Der Abbau der Demokratie soll mit Hilfe dieser demagogischen Argumentation in einem „technischen Sachzwang" umgedeutet werden, was gleichbedeutend damit ist, alle demokratischen Kräfte als moderne Maschinenstürmer zu diffamieren.

Diesen Aspekt gilt es um so mehr hervorzuheben, als die Wissenschaft und ihre Entwicklung eine immer zentralere Rolle in diesem Prozeß der Formierung der Macht einnimmt und gerade an Hand der damit zusammenhängenden Maßnahmen das reaktionäre Klassenwesen dieser Politik besonders deutlich hervortritt.

Die auf die Wissenschaft abzielenden Maßnahmen der Formierung umfassen erstens einen Komplex von Veränderungen im zentralen Bonner Machtapparat. Damit wird eine Entwicklung beschleunigt vorangetrieben, die 1956 mit der Ausbeutung wesentlicher wissenschaftspolitischer Kompetenzen durch den Bonner Staat begann und Schritt für Schritt eine Zentralisierung der Wissenschaftspolitik im Rahmen des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung einschloß. Bis Mitte der 50er Jahre – das ist nicht zufällig der offizielle Beginn der Wiederaufrüstung – war Bonn wissenschaftspolitisch faktisch abstinent, nach diesem Zeitpunkt wuchsen seine Aufwendungen schneller als die der Länder. Beschränkten sich diese Maßnahmen anfangs vor allem auf solche Bereiche wie die offizielle Rüstungsforschung, die Atom- und Weltraumforschung, so dehnten sie sich mehr und mehr aus und umfassen gegenwärtig alle wichtigen Fragen der Wissenschaftspolitik. Über den Ausbau des Planungsstabes des Bundeskanzleramtes und eines Instrumentariums der interministeriellen Koordinierung hat gegenwärtig diese Zentralisierungsphase mit dem Ausbau des vom ehemaligen Kruppdirektor Stoltenberg geleiteten Wissenschaftsministeriums einen vorläufigen Abschluß erfahren. Der Klassencharakter dieses Prozesses wird im offiziellen Bundesbericht Forschung I damit gekennzeichnet, es ginge darum, die Wissenschaft „... in die großen Ziele der Gesamtpolitik ..." (nach Bundesbericht Forschung I, Bonn 1965, S. 8) einzuordnen. Die spezifischen Aspekte dieser Einordnung werden auch dadurch verdeutlicht, daß ausgerechnet der ehemalige NATO- und Nazigeneral Speidel als Präsident der dem Bundeskanzleramt zugeordneten Stiftung Wissenschaft und Politik Kiesinger in den Fragen der Wissenschaftspolitik berät (vgl. auch Faksimile 3). Speidel selbst läßt sich dabei – wie er selbst erklärt – leiten von der „... **Polarisation von wissenschaftlich-technischem Fortschritt einerseits und Entscheidung über machtpolitische Ordnungsvorstellungen andererseits ...**" (Speidel, H., Wissenschaft, Technik und Politik, in VDI-Zeitschrift, Düsseldorf, 1967, H. 1, S. 3.)

Auf der gleichen Ebene liegt Stoltenbergs Feststellung, wonach die enge Verbindung der Wehrforschung zur allgemeinen Wissenschaftsförderung die Koordinierungsorgane besonders beschäftigen wird (vgl. Faks. 5). Diese Akzente sind um so mehr zu betonen, als sie auch in einem entsprechenden Einsatz der finanziellen Mittel, vor allem für militärisch bedeutsame Forschungen, ihren Niederschlag finden. Berücksichtigt man weiter, daß die Aufwendungen für die Wissenschaft im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung mit einer Steigerungsrate von jährlich 16 Prozent eine überdurchschnittliche Erhöhung erfahren, dann wird offenbar, daß es hierbei nicht schlechthin um eine Förderung der Wissenschaft, sondern vielmehr um den forcierten Mißbrauch der Wissenschaft im Dienste der Expansionspolitik des westdeutschen Imperialismus geht.

Das von den Repräsentanten des Monopolkapitals wiederholt geforderte und über die innere Staatsreform durchzusetzende neue Verhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Wissenschaft schließt zweitens auch wesentliche Veränderungen im Verhältnis Bund – Länder ein. Auch bezogen auf die Wissenschaft handelt es sich bei allen diesbezüglichen Maßnahmen darum, die verfassungsmäßigen Rechte der Länder für Wissenschaft und Bildung systematisch auszuhöhlen. Das ist insofern bedeutsam, als die der Länderhoheit unterstehenden Hochschulen und Universitäten langfristig gesehen das entscheidende wissenschaftliche Potential darstellen. Das gilt sinngemäß natürlich auch für die allgemeinbildenden Schulen. Beschränkte sich der zentrale Staatsapparat bisher darauf, die Länderpolitik auf diesen Gebieten über sogenannte pragmatische Lösungen wie Verwaltungsabkommen und ähnliche relativ schwerfällige Instrumente zu beeinflussen, so soll jetzt vor allem im Zusammenhang mit der Finanzreform und über die in diesem Zusammenhang zu schaffende Institution der „Gemeinschaftsaufgaben" ein wirksameres Instrument geschaffen werden.

Das maßgeblich an der Vorbereitung der Finanzreform beteiligte Vorstandsmitglied der ESSO AG, dieses westdeutschen Ablegers des amerikanischen Erdölkonzerns Standard Oil, Fischer-Menshausen, umreißt diese Problematik mit folgenden Worten: **„Der beträchtliche Nachholbedarf, die Knappheit der für öffentliche Investitionen verfügbaren Ressourcen, die Vielfalt der Entscheidungszentren und die Widerstände, denen eine unbequeme Politik der verstärkten Zukunftsvorsorge in unserer konsumorientierten Gesellschaft begegnet, erschweren der politischen Führung die hier zu lösende Aufgabe, um so stärker ist der Zwang zu höchstmöglicher Rationalität des Mitteleinsatzes, zur gesamtstaatlichen Kräftekonzentration und zu schwerpunktmäßiger Projektauswahl nach überregionalen sachbezogenen Dringlichkeitskriterien."** (Fischer-Menshausen, H., Einige Bemerkungen zur Diskussion über die Finanzreform, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg 9/1968, S. 502.)

Entkleiden wir diese Formulierung ihrer demagogischen Verbrämung, dann bleibt als Kern die Aushöhlung der Länderhoheit im Interesse einer gesamtstaatlichen Konzentration der Kräfte und ihrer schwerpunktmäßigen Ausrichtung auf die ökonomischen, politischen und militärischen Ziele des Bonner Staates. Mit Hilfe der „Gemeinschaftsaufgaben" nimmt Bonn nicht nur Einfluß nach Maßgabe seines eigenen Finanzbeitrages, sondern die Bedingungen dieses Finanzierungsbeitrages sind so gestaltet, daß Bonn auch die Art und Weise, Umfang und Richtung der für diesen Zweck bereitgestellten Ländermittel bestimmt. Es geht also auch hier nicht schlechthin um eine Zentralisierung, die bestimmt wird von einer an gesamtgesellschaftlichen Interessen ausgerichteten Förderung der Produktivkraft Wissenschaft, sondern um den zentralisierten Einsatz der Wissenschaft für die Durchsetzung der volksfeindlichen Expansionspläne des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems. Um es konkreter auszudrükken, es geht nicht um die Liquidation des reaktionären kapitalistischen Bildungsprivileges, es geht nicht um die Beseitigung der ein- und zweiklassigen Volksschulen und den schwerpunktmäßigen Einsatz der Mittel für diese Zwecke, sondern es geht um einen schwerpunktmäßigen Einsatz der Wissenschaft für die Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der Monopole, es geht um die Durchsetzung der Erfordernisse der Atom- und Raketenausrüstung und nicht zuletzt um den Einsatz der Wissenschaft und Bildung zur ideologischen Formierung der Volksmassen.

Die Konsequenzen, die sich auch aus dieser spezifischen, aber immer gewichtiger werdenden Seite des Formierungsprozesses ergeben, bestehen darin, daß nicht nur keines der dringend anstehenden Probleme der realen Zukunftssicherung der westdeutschen Bevölkerung gelöst wird, daß vielmehr die Widersprüche zugespitzt werden. Diese Widersprüchlichkeit wird auch im Bereich der Wissenschaft sichtbar und wirksam. Mit vollem Recht widmen die demokratischen Kräfte Westdeutschlands diesen Problemen erhöhte Aufmerksamkeit und weisen den wissenschafts- und bildungspolitischen Fragen einen bedeutsamen Platz im Ringen um eine demokratische Alternative zu.

Neue Kandare für die Forschung

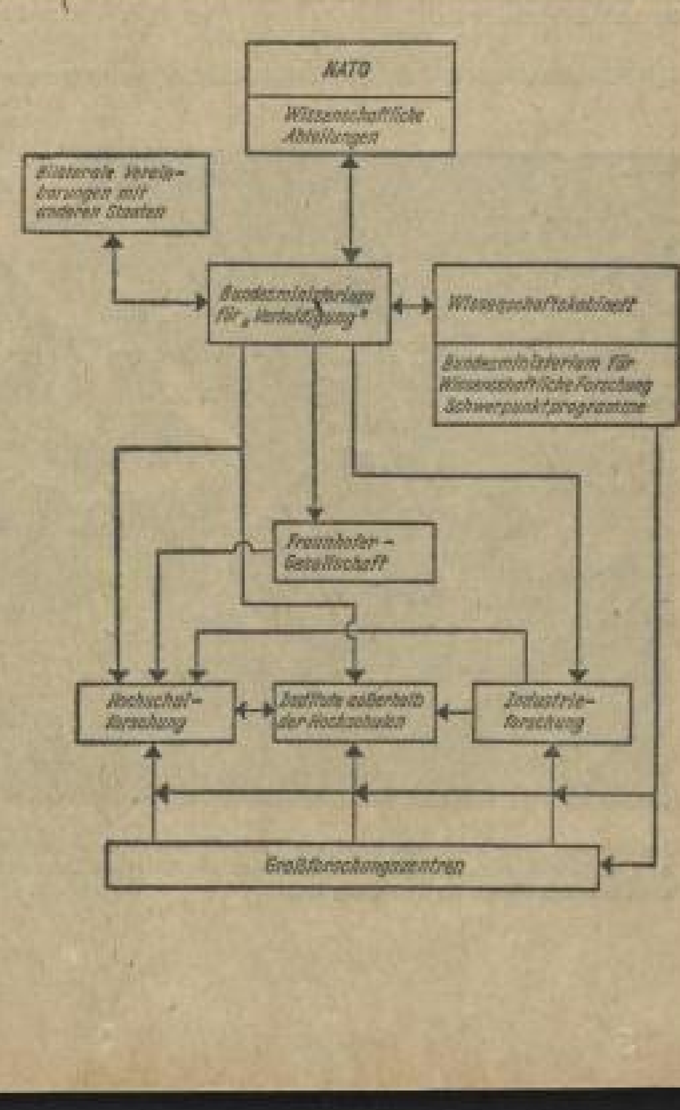
Ein recht aktueller Beweis dafür, daß die Monopole über ihren Staat versuchen, eine neue Qualität der Kontrolle und Ausnutzung der westdeutschen Wissenschaftseinrichtungen zu ihren Gunsten zu erreichen – auch über den Bereich der bereits beim Bund (Forschungsministerium) konzentrierten Schwerpunktprogramme hinaus – ist die Anfang des Jahres erfolgte Bildung eines „Beratenden Ausschusses für Forschungspolitik" beim Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, dem ehemaligen Krupp-Direktor Dr. Gerhard Stoltenberg.

Diesem Ausschuß gehören 13 Mitglieder an. Er hat die offizielle Aufgabe, die Forschungspolitik in der westdeutschen Bundesrepublik zu koordinieren. Eine Übersicht über die Zusammensetzung dieses Gremiums erlaubt bereits eine erste Einschätzung seiner tatsächlichen Funktion im Rahmen der staatsmonopolistischen Wissenschaftsorganisation Westdeutschlands.

Ausschußmitglieder sind von Amts wegen die Präsidenten oder Vorsitzenden solcher wissenschaftspolitischer Gremien bzw. Organisationen wie der Westdeutschen Rektorenkonferenz, des Wissenschaftsrates, des Bildungsrates, der Max-Planck-Gesellschaft und der westdeutschen Forschungsgemeinschaft (zu deren Abhängigkeit von den Monopolen vgl. Grafik 4). Außerdem wurden die Repräsentanten der Chemiemonopole Balke und Winnacker in ihrer Eigenschaft als Präsident der Bundesvereinigung westdeutscher Arbeitgeberverbände bzw. des westdeutschen Atomforums berufen. Darüber hinaus gehören dem Ausschuß noch sechs weitere Professoren an, die Institute der Max-Planck-Gesellschaft leiten, wie Heisenberg, Lüst und Zweigert, oder in den letzten Jahren wichtige wissenschaftspolitische Funktionen inne hatten wie die Professoren Raiser, Weise und Weizäcker. Eine direkte Zugehörigkeit zum Monopolkapital ist dabei für Winnacker, Balke und Lüst eindeutig nachweisbar, während die Mehrzahl aller anderen zumindest über intensive direkte und indirekte Beziehungen zur staatsmonopolistischen Spitzenschicht verfügen.

Die Gründung erfolgte auf Grund zahlreicher Forderungen vor allem jener Monopolgruppen, die als Anwender oder Nutznießer der in den Gebieten außerhalb der Schwerpunktprogramme hervorgebrachten Forschungsergebnisse in Frage kommen.

5 Haupteinflußlinien der militärischen Forschung in Westdeutschland



4 Wissenschaftspolitische Einflußsphären bedeutender westdeutscher Monopole

Die Grafik zeigt das Netz, das Westdeutschlands Monopole über die Forschung gespannt haben. Unmittelbare Hochschulkontakte sind Lehraufträge, Mitgliedschaft in Kuratorien, Senaten der Universität und Hochschulen, Ehrendoktorwürden u. a.

Monopole (nach Umsatz und Zahl der Beschäftigten)	Planungs- und Leitungsorgane: Stifterverb. f. d. Deutsche Wissenschaft (Vorstandsmitglieder)	Bundesminist. f. Wissensch. Forschung Deutsche Atomkommission	Wissenschaftsrat	DFG-Kuratorium	DFG-Ausschuß f. Angewandte Forschung	Unmittelbare Hochschulkontakte*: TH Aachen	TH Braunschweig	TH Darmstadt	TH Hannover	TH Karlsruhe	TH München	TH Stuttgart	TU West-Berlin	Finanzielle Sondermittel: Zentrale und örtliche Fördergesellschaften (Vorsitzende)
I.G. Farben-Gruppe	2	2	2	2	1	3	2	2		5	3	5	1	Fonds der chemischen Industrie
Thyssen-Konzern		1	1	1	1	1					1			Thyssen-Stiftung, Fördergesellschaft TH Aachen
Henkel-DEA-Gruppe	2	1	1	2	1	2	1				2	1	1	Fraunhofer-Gesellschaft, Fördergesellschaft [illegible] Bochum
Flick-Konzern		1			1	1		2		1	2	1	2	Friedrich-Flick-Förderstiftung
Siemens-Konzern	2	1	2		1	1		3		4	6	1	2	Fördergesellschaft TH München
Arbeitsgemeinschaft [illegible]	1	1			1				1					
Hoesch-Konzern		1			1								1	
AEG-Konzern		1		1	1	1		1	1	1	1	1	2	
Bosch-Konzern	1		1									1		Bosch-Stiftung
Brown-Boveri-Konzern	1	1						1						